Ressort: Finanzen

Bauern kritisieren geplante Verschärfung der Düngeregeln

Berlin, 22.03.2019, 08:45 Uhr

GDN - An der neuerlich geplanten Verschärfung der Düngeregeln gibt es massive Kritik aus Politik und Wirtschaft. Bauernpräsident Joachim Rukwied und Niedersachsens Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast (CDU) warnten in der "Neuen Osnabrücker Zeitung", die Pläne der Bundesregierung gefährdeten nicht nur Bauernhöfe, sondern hätten auch Auswirkungen auf die Lebensmittelproduktion.

So sei die Herstellung von Qualitätsweizen nicht mehr sichergestellt, wenn die Düngung in einigen Regionen pauschal um 20 Prozent gesenkt würde, kritisierte Rukwied angesichts der Pläne der Bundesregierung. Er sprach von "fachlichem Unsinn". Otte-Kinast fügte hinzu: "Wenn aufgrund der neuen Vorgaben die Pflanzen unterversorgt sind und plötzlich kein Backweizen mehr angebaut werden kann [...], dann hat das direkten Einfluss auf das Einkommen landwirtschaftlicher Familienbetriebe." Sie warnte vor einem "Strukturbruch" auf dem Land. Auf Druck der EU-Kommission will die Bundesregierung die erst 2017 reformierte Düngeverordnung weiter verschärfen. Andernfalls drohten hohe Strafzahlungen. Deutschland war zuvor bereits vor dem Europäischen Gerichtshof verurteilt worden, weil in der Vergangenheit vielerorts Nitra-Grenzwerte im Grundwasser überschritten worden waren. Als Hauptverursacher gilt die Landwirtschaft. Der Stoff gelangt beim Düngen der Felder in die Umwelt. Die Bundesregierung hatte zuletzt ein weiteres Maßnahmenpaket nach Brüssel übermittelt. Laut Rukwied könnte die Folge sein, dass Bauern vielerorts ihre Tierbestände verkleinern und damit ihre wirtschaftliche Zukunft gefährden. Otte-Kinast kritisierte, man hätte zunächst abwarten sollen, ob die ursprüngliche Reform Wirkung zeigt. "Dass dieser Schritt nun nicht folgt, sondern eine weitere Verschärfung droht, ist kaum zu vermitteln." Die deutsche Wasserwirtschaft forderte indes ähnlich wie auch die EU-Kommission noch weitergehende Maßnahmen. Martin Weyand, beim Dachverband BDEW für Wasser und Abwasser zuständig, teilte der NOZ mit, in besonders betroffenen Regionen bräuchte es größere Anstrengungen, um Grenzwerte einzuhalten. "Die vorgeschlagene pauschale Reduzierung um 20 Prozent kann nicht ausreichen", so Weyand.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-122030/bauern-kritisieren-geplante-verschaerfung-der-duengeregeln.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619